

Antrag

Hannover, den 20.08.2024

Fraktion der AfD

Eine migrationspolitische Wende einleiten:

- **Die Vorgaben aus geltendem Recht endlich umsetzen!**
- **Vollziehbar Ausreisepflichtige konsequent und im großen Stil abschieben!**
- **Rückkehr Ausreisewilliger fördern!**
- **Kommunen und Sozialkassen entlasten!**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der Landtag stellt fest:

Am 31. Mai dieses Jahres hat die katastrophale und in jeder Hinsicht gescheiterte Migrationspolitik in Mannheim ein weiteres Todesopfer und fünf zum Teil schwer Verletzte gefordert und andere vor Ort Anwesende traumatisiert zurückgelassen. Einmal mehr konnte ein illegal aus Afghanistan über zahlreiche sichere Staaten eingereister Migrant, der über einen Zeitraum von neun Jahren ausreisepflichtig war, unbehelligt von den zuständigen Behörden einen islamistisch motivierten Mord begehen.

Niedersachsen soll, unabhängig von der Herkunft, Heimat sein für all diejenigen, die unser Land als Land der Niedersachsen bewahren wollen sowie seine gewachsene Kultur achten. Oberste Priorität muss daher der Schutz der Bürger Niedersachsens vor den immer wieder tödlichen Folgen ausufernder und irregulärer Migration integrationsunwilliger und -unfähiger Zuwanderer haben.

Dies zu gewährleisten, muss eine Hauptaufgabe der Landespolitik werden. Auch zur Vermeidung fataler Signale, die in die Herkunftsländer durch die Aussicht auf ein Bleiberecht bei illegaler Einreise gesendet werden, darf der seit Jahren anhaltende Kontrollverlust im Bereich der Migration nicht weiter geduldet werden. Eine nach geltendem Recht stattfindende und an den Interessen Deutschlands und Niedersachsens orientierte Rückführungspolitik ist weder verfassungsfeindlich noch verwerflich, sondern dringend geboten.

Die Migration nach Deutschland, die derzeit überwiegend als Sozialmigration stattfindet, muss beendet und im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten rückabgewickelt werden.

Der Landtag verurteilt in diesem Zusammenhang die geschichtsvergessene und die Untaten des Nationalsozialismus und Kommunismus verharmlosende Verwendung von Begriffen wie „Deportation“ und „Vertreibung“ im Zusammenhang mit der Diskussion über die Durchführung von Abschiebungen ausreisepflichtiger Ausländer in ihre Heimatländer.

Neben der dringenden Notwendigkeit, Gesetze durchzusetzen und markigen Worten endlich auch Taten folgen zu lassen, stellt der Landtag aber zugleich fest, dass Migranten nicht entrechtet werden dürfen. Der Landtag lehnt daher etwa Forderungen nach einer verfassungswidrigen Sippenhaft zu Lasten unbescholtener Mitglieder von Clan-Familien, wie es Bundesinnenministerin Nancy Faeser - wenn auch nur zum Schein - gefordert hat, ab und fordert ein, dass Äußerungen von „Abschiebungen im großen Stil“ auch mit der Vorlage eines nachvollziehbaren Konzeptes einhergehen, um Unruhe in der Bevölkerung zu vermeiden. Eine menschliche Rückführungspolitik soll nicht denjenigen Migranten Sorgen bereiten, die unbescholtene mit uns in unserem Land leben, sondern diejenigen abschrecken, die unsere Gastfreundlichkeit lediglich ausnutzen oder gar missbrauchen. Hierzu bedarf es einer offenen Debatte, der konkrete Taten folgen und diejenigen in die Schranken weist, die unsere Gesellschaft spalten wollen.

Die Dauer der Asylverfahren vor niedersächsischen Verwaltungsgerichten ist im nationalen Vergleich überdurchschnittlich und muss durch geeignete Maßnahmen verkürzt werden. Mindestens solange dieser Zustand anhält, darf es keinen Abbau von Richterstellen geben. Vielmehr müssen die Verwaltungsgerichte personell und materiell gestärkt werden.

Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf, eine migrationspolitische Wende einzuleiten und

1. unverzüglich eine großangelegte Rückführungsinitiative für vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer einzuleiten und konsequent umzusetzen;
2. die Vorschläge der Opposition für eine zentrale Ausländerbehörde und die Einrichtung von Rückführungszentren in Niedersachsen umzusetzen;
3. eine Arbeitsgruppe einzurichten, die so aufgestellt wird, dass sie innerhalb eines Monats ein unverzüglich umzusetzendes Maßnahmenbündel erarbeitet, das geeignet ist, die Dauer der Asylverfahren vor den niedersächsischen Verwaltungsgerichten deutlich und nachhaltig zu verkürzen;
4. landesseitig Remigrationsprogramme aufzulegen bzw. auszuweiten, die sich insbesondere an syrische und afghanische Staatsangehörige richten, mit denen finanzielle und materielle Anreize zur freiwilligen Rückkehr in die Heimatländer geschaffen bzw. ausgeweitet werden, sowie diese Programme anschließend mit einer großangelegten Kampagne landesweit und insbesondere in den Landesaufnahmezentren und kommunalen Asylbewerberwohnheimen zu bewerben;
5. eine Studie nach Vorbild des National Bureau of Economic Research der Universität Princeton in Auftrag zu geben, welche kausale Zusammenhänge zwischen staatlichen Sozialleistungen und Migration in die Bundesrepublik Deutschland und nach Niedersachsen erforschen soll;
6. auf Bundesebene sich dafür einzusetzen, dass
 - a) Rückführungsabkommen insbesondere mit den Hauptherkunftsländern wie Syrien, Türkei, Kolumbien, Afghanistan, Irak und Iran geschlossen bzw. erweitert und angewandt werden;
 - b) dauerhafte, lückenlose und wirksame Grenzkontrollen in Deutschland eingerichtet und solange durchgeführt werden, bis die Masseneinwanderung an den Außengrenzen der EU gestoppt ist;
 - c) Abschiebehindernisse beseitigt werden (hierbei ist insbesondere darauf hinzuwirken, dass bürokratische Hindernisse zur Ausstellung von Pässen und Passersatzpapieren seitens der diplomatischen Vertretungen notfalls unter Androhung von Sanktionen wie der Kürzung oder der Streichung von Zahlungen zur Entwicklungshilfe abgebaut werden);
 - d) das Staatsangehörigkeitsrecht dahin gehend reformiert wird, dass wieder das Abstammungsprinzip in den Vordergrund rückt, Einbürgerungen am Ende und nicht am Anfang eines erfolgreichen Integrations- und Assimilationsprozesses stehen und die Verlusttatbestände erweitert werden und
 - e) sämtliche Bundesaufnahme- und Resettlementprogramme vor dem Hintergrund des Visamissbrauchs durch das Auswärtige Amt in Berlin sofort auszusetzen und mittelfristig zu beenden.

Begründung

Ende 2023 lebten rund 13,9 Millionen Ausländer in Deutschland. Im selben Jahr wurden bundesweit mehr als 350 000 Anträge auf Asyl gestellt und 2024 bis Ende Juli 153 361. Die angebliche Notwendigkeit der Einwanderung von Millionen Migranten zur Behebung des Fachkräftemangels in Deutschland hat sich als ein teurer Irrtum herausgestellt. Die illegale Massenmigration findet ungehindert weiter statt, und der Fachkräftemangel in beinahe allen Bereichen der Wirtschaft ist so groß wie nie zuvor. Es ist klargeworden: Die unkontrollierte Einwanderung verstärkt die Probleme unseres Landes, anstatt sie zu lösen.

In Niedersachsen lebten Ende Dezember 2023 21 605 ausreisepflichtige Ausländer, von denen 17 722 einen Duldungsstatus hatten. Insgesamt erhielten 123 576 Personen nach einem durchgeführten Asylverfahren eine Aufenthaltserlaubnis, wobei vielen von ihnen trotz der Einreise aus sicheren Staaten und der Regelungen des Artikels 16a Abs. 2 des Grundgesetzes und der Bestimmungen des Dublin-Verfahrens ein Schutzrecht zugesprochen wurde. Asyl im Sinne des Grundgesetzes für politisch unmittelbar Verfolgte genießen lediglich etwa 0,6 % derjenigen, über deren Asylverfahren in 2024 bislang entschieden wurde.

Trotzdem wurden gerade einmal 1 310 Menschen im letzten Jahr aus Niedersachsen in ihre Heimatländer oder sogenannte Dublin-Staaten abgeschoben. Das ist in zugangstarken Zeiten weniger als die Anzahl, die im Verlauf von zwei Wochen einreist. 20 677 Ausländer sind derzeit (Stand: Juni 2024) in Niedersachsen ausreisepflichtig. Trotzdem wird der Aufenthalt von 16 646 der zur Ausreise verpflichteten Ausländern geduldet, und selbst wenn Abschiebungsversuche unternommen werden, scheitern diese seit Jahren regelmäßig. Zu berücksichtigen ist darüber hinaus, dass die Zahlen durch politische Maßnahmen geschönt werden. So bewirkt etwa das eingeführte sogenannte „Chancen-Aufenthaltsrecht“, dass die betroffenen Ausländer zwar nicht mehr in der Statistik auftauchen, allerdings auch kaum jemand von ihnen auf diesem Wege ein langfristiges Aufenthaltsrecht erlangt¹.

Doch nicht nur der Umstand, dass kaum Abschiebungen versucht werden und nur in seltenen Fällen erfolgreich sind, ist nicht mehr hinnehmbar, sondern auch der, dass schon lange an den deutschen und europäischen Grenzen ein fast totaler Kontrollverlust herrscht. Die Tatsache, dass die Landesregierung nicht einmal zu berichten weiß, wie viele vollziehbar Ausreisepflichtige wieder nach Niedersachsen eingereist sind, obwohl sie zuvor abgeschoben worden waren², belegt besonders eindrücklich die Notwendigkeit von dauerhaften und lückenlosen Kontrollen an den nationalen Grenzen bis der Schutz der europäischen Außengrenzen wieder soweit hergestellt ist, dass die illegale Einwanderung unter Kontrolle ist.

Der anhaltende Zustrom von irregulär einreisenden Ausländern und der dauerhafte Aufenthalt derjenigen, die kein Aufenthaltsrecht erhalten oder dieses wieder verlieren, stellt das Land auf vielen Ebenen vor enorme Herausforderungen und belastet Bürger und Institutionen. Die niedersächsischen Kommunen etwa sind weit über ihre Möglichkeiten hinaus durch die Aufnahme von Asylantstellern belastet, obwohl der Wohnungsmarkt vielerorts leergefegt ist, was unzumutbar steigende Mieten für alle Einwohner zur Folge hat. Auch vor dem Hintergrund, dass im Jahr 2022 in Niedersachsen fast 109 000 Sozialwohnungen fehlten³, ist dies ein unhaltbarer und nicht länger hinzunehmender Zustand.

Diese enorme Belastung ist auch die Folge zahlreicher und überlanger Gerichtsverfahren, die einer Abschiebung regelmäßig im Wege stehen. Klagen von Asylbewerbern machen derzeit 45 % aller Eingänge bei den Verwaltungsgerichten aus, und die Gerichte sind immer noch belastet durch hohe Verfahrenszahlen aus den Jahren 2016 bis 2018. Daher ist ein Konzept zu entwickeln, mit dem die Asylverfahren vor niedersächsischen Verwaltungsgerichten verkürzt werden können. Niedersachsen schneidet diesbezüglich nicht nur im Ländervergleich schlechter ab, als fast alle anderen Bundesländer⁴, auch innerhalb Niedersachsens ist die Spanne der Verfahrensdauer erheblich und reicht von durchschnittlich 12,6 Monaten beim Verwaltungsgericht Osnabrück bis zu 27,6 Monaten beim Verwaltungsgericht Stade, wie die Landesregierung auf Anfrage der Landtagsfraktion der AfD mitteilte⁵. In Rheinland-Pfalz etwa dauern die Asylverfahren durchschnittlich lediglich dreieinhalb Monate. Im Gegensatz zu Niedersachsen konzentriert Rheinland-Pfalz die Asylverfahren bei einem bestimmten Verwaltungsgericht, das diesbezüglich im Laufe der Jahre eine besondere Kompetenz entwickelt hat und so den oftmals komplizierteren und aufwändigeren Verfahren gerecht wird. Einen ähnlichen Weg geht nunmehr seit dem 1. Januar 2024 unser Nachbarland Hessen. Ob und inwieweit dies auch ein

¹ Vgl. <https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2024/so-viele-auslaender-profitieren-vom-chancen-aufenthalts-gesetz/>

² https://www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen/drucksachen_19_02500/01001-01500/19-01026.pdf

³ <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Sozialer-Wohnungsbau-Lage-in-Niedersachsen-dramatisch,wohnung286.html>

⁴ <https://www.nzz.ch/international/kaum-ausschaffung-asylklagen-dauern-bis-zu-35-monate-und-sind-oft-erfolgreich-ld.1764230>

⁵ Drs. 19/3148 (Stand: 30.9.23)

Erfolgsmodell für Niedersachsen sein kann und welche weiteren Maßnahmen wirksam sind, soll eine aus Fachleuten bestehende Arbeitsgruppe erörtern und Vorschläge erarbeiten.

Der Zusammenhang von massenhafter Einwanderung und Kriminalität ist allgemein bekannt und der Bevölkerung nicht nur zu Silvester nicht länger zuzumuten. Diese Tatsache wurde durch den Terroranschlag von Mannheim erneut in das Bewusstsein gerückt und ist trotz aller Bemühungen, diesen zu relativieren, auch anhand offizieller Statistiken nachweisbar. Ausweislich der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für 2023 haben rund ein Drittel aller Tatverdächtigen in Niedersachsen keine deutsche Staatsangehörigkeit⁶. Betrachtet man die besonders abscheulichen und verwerflichen Gruppenvergewaltigungen trifft dies sogar auf fast jeden zweiten Tatverdächtigen zu. Mit der Massenmigration einher geht dabei also eine Explosion der Kriminalität, insbesondere bei Gewaltstraftaten. Das wahre Ausmaß der katastrophalen Migrationspolitik auf die Kriminalitätsentwicklung wird in diesen schon erschreckenden Zahlen jedoch nicht einmal vollständig abgebildet, da darin deutsche Staatsangehörige mit weiteren Staatsangehörigkeiten ausschließlich auf Grundlage ihrer deutschen Staatsangehörigkeit berücksichtigt werden. Die ausländische Staatsangehörigkeit wird statistisch schlicht ignoriert.

Neben der Belastung im Hinblick auf die Kriminalität ist die derzeitige Form der massenhaften und unkontrollierten Zuwanderung auch schädlich für die Wirtschaft. Entgegenstehende Aussagen derjenigen, die meist auch für die dargestellten Verhältnisse verantwortlich sind, werden durch die Wirklichkeit widerlegt. Der renommierte Wirtschaftswissenschaftler und Hochschullehrer Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen schätzt die gesamtwirtschaftlichen Kosten der illegalen Massenmigration, wie sie die Landes- und Bundesregierungen bis dato geschehen lässt, auf 5,8 Billionen Euro⁷.

Trotz dieser Befunde handelt die Politik nicht. Grundsätzlich ist zwar Bundeskanzler Scholz zuzustimmen, wenn er die Notwendigkeit von Abschiebungen im großen Stil⁸ erkennt, jedoch sind leere Worte eines durch Wahlniederlagen und miserable Umfragewerte Getriebenen, die nur auf Wählerstimmen abzielen, gerade in Fragen der Rückführungspolitik fatal und unverantwortlich. Auch der von Innenministerin Faeser geäußerte Vorschlag im Hinblick auf die Abschiebung von Clan-Mitgliedern auch ohne den Nachweis einer Straftat⁹ aus dem August 2023 ist nicht zielführend und vergiftet die so dringend notwendige Debatte. Rückführungen haben strikt rechtsstaatlich und human zu erfolgen. Debatten hierüber eignen sich nicht für verkürzte, nicht durchdachte und grob rechtswidrige Forderungen.

Öffentliche Äußerungen dieser Art, hinter denen entweder kein konkretes Konzept erkennbar ist oder die offensichtlich rechtswidrig sind, verunsichern Millionen von Migranten, die in der Bundesrepublik ihre Heimat sehen und auf eine bessere Zukunft hoffen. Mit leeren Worten spalten oftmals Vertreter regierungstragender Parteien und weitere Akteure so die Gesellschaft und befördern eine weitere Polarisierung.

Sofort auf den Prüfstand gehören Aufnahme- und Resettlement-Programme. Die Visa-Affäre im Zusammenhang mit der Aufnahme afghanischer Staatsbürger hat gezeigt, dass hier nicht nur mutmaßlich mit erheblicher krimineller Energie daran gearbeitet wird, weitere Migrationswege zu öffnen, es werden zudem eine Vetternwirtschaft gepflegt und Sicherheitsbelange der Bundesrepublik massiv missachtet. Personen mit gefälschten Pässen und falschen Identitäten sollen um jeden Preis nach Deutschland eingeflogen werden. Botschaften werden zu diesem Zweck massiv unter Druck gesetzt. In der Folge kommen Personen, deren Hintergründe völlig unbekannt sind, auch nach Niedersachsen. Ob und inwieweit diese Personen ein Sicherheitsproblem darstellen können, ob diese möglicherweise bereits strafrechtlich in Erscheinung getreten sind oder sich sogenannte „Scharia-Richter“ und Islamisten, etwa des Islamischen Staates (IS), unter ihnen befinden, ist der Landesregierung nicht einmal bekannt¹⁰. Es kann auch kaum überraschen, dass sich ausländische Geheimdienste

⁶ Polizei Niedersachsen, PKS 2023, Tabelle 61/14 (SsTB)

⁷ <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/brisante-migrationsstudie-so-viel-kostet-uns-die-zuwanderung-86695788.bild.html>

⁸ <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-10/olaf-scholz-bundeskanzler-abschiebungen-migration>

⁹ <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2023/08/berlin-bundesinnenministerin-faeser-clans-abschiebungen.html>

¹⁰ Drs. 19/3213

diesen laxen Umgang zunutze machen und Spione auf diesem Wege nach Deutschland schleusen¹¹. Es soll daher durch die Landesregierung auf Bundesebene darauf hingewirkt werden, derartige Aufnahmeprogramme sofort (erneut) auszusetzen und mittelfristig zu beenden.

Als erheblicher Pull-Faktor für Migranten werden vielfach großzügig gewährte Sozialleistungen vermutet. Eine Studie über die Situation in Dänemark legt einen solchen Zusammenhang nahe¹². Um die Forschung auch in der Bundesrepublik voranzubringen und mehr wissenschaftliches Licht in diesen oft und kontrovers diskutierten Aspekt der Migrationspolitik zu bringen, soll Niedersachsen voranschreiten und eine entsprechende Studie auf den Weg bringen bzw. fördern.

Die politische Debatte über die dringend notwendige Migrationswende muss generell versachlicht werden und darf nicht dazu missbraucht werden, die Opposition auf Kosten der Bürger und rechtmäßig hier lebender Ausländer zu diskreditieren. Die Landesregierung hat sich durch Wortbeiträge, etwa durch ihren Integrationsbeauftragten¹³, maßgeblich und in unverantwortlicher, die Untaten des Nationalsozialismus und Kommunismus relativierender und hetzerischer Weise an der Verunsicherung der Bevölkerung beteiligt. Sie verbreitet weiterhin die längst widerlegte Behauptung, parteilose Aktivisten sowie Mitglieder von CDU und AfD hätten Deportationspläne beraten. Daher steht sie in der besonderen Verantwortung, auf Landes- wie auch auf Bundesebene endlich ein Konzept zu entwickeln bzw. zu dessen Entwicklung beizutragen und durch unverzüglich wirksame Maßnahmen umzusetzen, das den Bürgern, Asylbewerbern und auch denjenigen, die in Betracht ziehen, sich auf den oftmals lebensgefährlichen Weg in unser Land zu machen, Klarheit darüber verschafft, wie eine grundlegende migrationspolitische Wende gestaltet wird und wer davon betroffen sein soll und wer nicht.

Dass eine grundlegende Migrationswende auch in Staaten möglich ist, die bislang eine allgemeine Willkommenskultur praktizierten, beweisen die nordischen Staaten, derzeit insbesondere Schweden. Dort ist nicht nur die Anzahl der Asylanträge auf den niedrigsten Stand seit 1997 zurückgegangen, es remigrieren auch immer mehr Menschen, die etwa im Irak, Somalia oder Syrien geboren wurden. Dies wird voraussichtlich zur Folge haben, dass Schweden seit mehr als einem halben Jahrhundert in Sachen Migration einen Negativsaldo wird vorweisen können. Unsere nordischen Nachbarländer haben erkannt, dass eine Integration unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht mehr möglich ist und diejenigen, die nicht integrationsfähig sind, durch Anreize zur möglichst freiwilligen Rückreise in ihr Herkunftsland zu bewegen sind. Durch eine Rücknahme von Pull-Faktoren und eine Verstärkung der Rückkehranreize wurde eine echte Migrationswende geschafft. Diesem Vorbild müssen Niedersachsen und Deutschland dringend folgen, um gewaltsame Auswüchse der Massenmigration, wie wir sie nicht nur in Großbritannien und Frankreich erleben, sondern ansatzweise auch bereits in unserer Heimat, im Keim zu ersticken.

Jens-Christoph Brockmann
Parlamentarischer Geschäftsführer

¹¹ Vgl. <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2024/spione-ins-land-geholt-baerbocks-visa-afiaere-weitet-sich-aus/>

¹² <https://www.nber.org/papers/w26454>

¹³ <https://www.migrationsbeauftragter-niedersachsen.de/2024/01/19/gemeinsames-statement-der-integrationsbeauftragten-der-laender-und-der-bundesregierung/>